

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 9 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 30 Mt., ohne Bringerlohn, durch die Post bezogen monatlich 30 Mt. Einzelne Nr. 1 Mt. Sonntags-Nr. 1.50 Mt. Inseratenpreis 1 Zeile 4.— Mt., Reklamezeile 88 mm breit 12 Mark, die dreispaltige Zeile im amtlichen Teile 9.— Mt. Hinweife auf Anzeigen und Eingeladene 1 Petit-Zeile 2 Mt. Nachweisungsgebühr 2 Mt. Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4436. Zugleich weit verbreitet in den Distrikten der Landesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Rempe, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kühner in Waldenburg.

Anzeigenannahmeschluss Vorm. 9 Uhr am Ausgabestag. Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Obergasse 20. Geschäftszeit: Vormittag 7—1, Nachm. 2—5 Uhr. Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Müller; in Callenberg bei Herrn Stumpfweber Friedrich Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Ernst Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Richter. Bankkonto: Vereinsbank zu Coburg Geschäftsstelle Waldenburg Sa. Gemeindegeldkonto Waldenburg 18.

Nr. 186.

Freitag, den 11. August

1922.

Witterungsbericht ausgenommen am 10. August, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 762 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 19° C. (Morgens 8 Uhr + 15° C. Tiefste Nachttemperatur + 12° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Sauprechs Polymeter 44%. Taupunkt + 7°. Windrichtung Südwest. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,0 mm. Daher Witterungsaussichten für den 11. August: Wollig bis halbbelirt.

Uneinigkeit unter den Sachverständigen.

Antlicher Teil.

Die Ausgabe der **Brotmarken** für die Zeit vom 14. August bis 8. Oktober erfolgt nur am **Sonntag** von 8 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags. **Spätere Abholung verursacht besondere Kosten.** Waldenburg, den 10. August 1922. Der Stadtrat.

Staatssekretär Bergmann hat Lloyd George in London eine Denkschrift über die inneren Verhältnisse Deutschlands und seine Zahlungsfähigkeit übergeben.

Der Reichswehrminister hat einen Erlaß an das Reichsheer gerichtet.

Der Hausbesitztag in München verlangt systematischen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Der Dollar stand gestern auf 779 Mark.

Die Frage der Feiertage wird durch Gesetz geregelt.

In Kattowitz kam es zu schweren Lebensmittelkrawallen.

Das tschechische Ministerium beabsichtigt zurückzutreten.

Im italienischen Weltkrieg siegten die Deutschen Zimmermann und Sichter.

Die innerpolitische Lage Italiens hat sich gebessert.

Die Londoner Verhandlungen laufen auf ein Kompromiß hinaus.

Die Sachverständigenkommission soll nach Deutschland reifen.

Lloyd George hält den Bruch der Entente für unvermeidlich.

Großfürst Thron erhebt Anspruch auf den russischen Thron.

Die Verhandlungen im amerikanischen Streit sind gescheitert.

Amerika baut eine Luftflotte von 2000 Flugzeugen.

Waldenburg, 10. August 1922.

Der 11. August, an welchem Tage die deutsche Reichsverfassung in Weimar beschlossen wurde, soll auf Anordnung der Reichsregierung zum Nationalfeiertag erklärt werden. Der Initiativantrag dazu war von den Koalitionsparteien im Reichstag eingebracht worden, konnte aber nicht mehr erledigt werden, so daß die Reichsregierung den 11. August an sich als einen Werktag betrachtet. Die Parteileitung der deutschen demokratischen Partei hat zum 11. August einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: „In der Weimarer Verfassung ehren wir das eigene Werk des deutschen Bürgers, an dem jeder mitgeholfen hat. Demütigen Hauptes stehen wir vor den guten, dauernden Leistungen der Vergangenheit, das Herz voll von dem Glauben an eine neue deutsche Zukunft. Wir ehren unsere Väter, indem wir die Aufgaben der neuen demokratischen Zeit erfüllen!“

Die Reichs- und Staatsgebäude werden an diesem Tage flaggenschmuck tragen und in den Schulen wird, so weit sie nicht geschlossen sind, in einem besonderen Schulakt auf die Bedeutung des Tages hingewiesen werden. Im nächsten Jahre wird wahrscheinlich der Tag ein gesetzlicher Feiertag sein, denn bis dahin wird der Reichstag die oben erwähnte Interpellation verabschiedet und den Verfassungstag zum Nationalfeiertag erklärt haben. Wir brauchen gewiß einen neuen Nationalfeiertag, an dem das ganze deutsche Volk sich einmütig beteiligt. Bis 1918 hatten wir Kaiser- und Königsgeburtstag und den Sedantag und aber ein halbes Jahrhundert hindurch wurde der 18. Oktober als Tag der Befreiung vom französischen Joch gefeiert. Das innerste Volkempfinden an diesem Tage war das der Freude über die wiedererlangte Freiheit.

Die Antragsteller im Reichstag haben darauf verwiesen, daß der Verfassungstag bei verschiedenen anderen Nationen

den höchsten vaterländischen Festtag darstellt. Sie übersehen dabei aber, daß der Verfassungstag z. B. in den Vereinigten Staaten und in Norwegen zugleich der Geburtstag der staatlichen Selbständigkeit und einer Abschüttelung der Fremdherrschaft ist. Dieser Anstand verleiht einer derartigen Feier den nationalen Schwung. Er geht aber dem 11. August ab. Der 31. Januar war der Tag der preussischen Verfassung, der 16. April der Tag der Verfassung des Deutschen Reiches. Beide Tage sind dem preussischen und deutschen Volke gleichgültig geblieben. Der gleiche Mangel an historischer Einsicht liegt an der Farbenszusammenstellung der neuen Reichsfahne, die von den alten Burschenschaftlern als Ausdruck der alldeutschen Einigkeit erwünscht nach dem Abzeichen des Lüpferschen Freikorps gewählt wurde und 1848 für die Flagge der republikanischen Staatsform gewählt wurde. Es sind die Farben der militärischen Freiheitsbewegung.

Der 11. August fällt in die großen Ferien. Ohne die Festfreude der Schuljugend kann ein Nationalfeiertag nicht begangen werden. Es wird kaum gelingen, durch Regierungsbeschlüsse und Reichstagsbeschlüsse einen Nationalfeiertag einzuführen. Dieser muß aus dem Herzen des Volkes heraus kommen. Von 1814 bis 1869 war der Tag der Völkerschlacht bei Leipzig, von 1871 bis 1918 der Tag von Sedan ein Feiertag für das deutsche Volk. Im östlichen Deutschland war der 27. August, der Tag von Tannenberg, an dem die Russengefahr endgültig beschworen ward, drauf und dran, ein Volksfeiertag zu werden. Das ganze Deutschland nahm freilich an diesem stolzen Erinnerungstage nicht den Herzensanteil, wie die Ostpreußen, und manchen Kreisen war der Tag zu militäristisch und die Regierung selbst hatte dafür gesorgt, daß die Begeisterung für diesen Tag nicht aufkam.

Nur ein Tag würde Aussicht haben, vom ganzen deutschen Volke mit dem Herzen als Nationalfeiertag begangen zu werden, das ist der Tag der Reichsgründung, der Tag der deutschen Einigung, der 18. Januar. Dieser Tag würde im Herzen des ganzen Volkes selbst über das Reich hinaus bei allen Deutschen einen Wiederklang finden und als eine nationale Errungenschaft feste Wurzeln schlagen.

Die Verfassung eines Staates bildet die Grundlage alles staatlichen Lebens. Durch sie wird erst der Staat, gleichviel ob Republik oder Monarchie, zu einem Rechtsstaat. Die Verfassung bildet einen festen Stamm gegen die Meinungsverschiedenheiten, die sich im Parteileben oft geltend machen. Die Verfassung repräsentiert das Volksrecht und den Volkswillen, sie bildet den Schutz für alle Lebenstätigkeit des Volkes, sie schützt die Rechte jedes Einzelnen, auf ihr baut sich der innere Frieden auf. Aus diesem Grunde ist es Pflicht jedes Einzelnen, die Verfassung zu schützen und zu fördern. Möge die Feier des 11. August, des Verfassungstags, jeden Deutschen veranlassen, einen Blick in die Reichsverfassung zu tun, damit er die Rechte und Pflichten kennen lernt, die jedem Deutschen zustehen.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichswehrminister gibt dem Reichsheere Kenntnis von der Erklärung, die er aus Anlaß der im Reichstage von der mehrheitssozialdemokratischen und unabhängigen Partei über die Vorgänge bei der Hindenburg-Feier in Königsberg und über die Beteiligung der Reichswehr an Regimentsfeiern eingebrachten Interpellationen durch seinen Beauftragten hat abgeben lassen und von dem Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er um Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für das Reichsheer bittet. Er richtet dabei folgenden Erlaß an das Reichsheer: „Ich lege Wert darauf, dieses Schreiben der Truppe bekanntzugeben und dabei zum Aus-

druck zu bringen, daß mir eine derartige Untersuchung als der beste, wenn nicht der einzige Weg erscheint, um die systematische Lügepropaganda gegen das Heer in aller Öffentlichkeit aufzuklären und dadurch die Parteien der Interpellanten im Reichstage zur Anerkennung des durchaus loyalen Verhaltens der Reichswehr zu zwingen. Der Schlib der Reichswehr ist blank. Ihre Haltung, wie ihr Auftreten wird und muß von jedem Unparteiischen, wie gerade jetzt wieder in Oberschlesien, gern anerkannt werden. Wo Fehler vorkommen, die sich in einer so großen Gemeinschaft nie ganz vermeiden lassen, werden sie abgestellt. Wir haben es nicht nötig, uns beschimpfen zu lassen und brauchen keine Untersuchung zu scheuen.“ (gez.) Dr. Geßler.

Staatssekretär Bergmann wollte vor kurzem in London, um Lloyd George eine Denkschrift über die inneren Verhältnisse Deutschlands und seine Zahlungsfähigkeit zu unterbreiten. In dieser Denkschrift, über die jetzt ein Bericht veröffentlicht wird, wird nachgewiesen, daß schon die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands einen schweren Schaden für die Abri'ge Welt mit sich bringe. Die deutsche Ausfuhr, so führt die deutsche Denkschrift aus, sei gegenüber der vor dem Kriege beträchtlich gesunken und betrage nur noch etwa 30 Proz. der Ausfuhr vor dem Kriege. Trotzdem sei in der Welt die Meinung verbreitet, daß Deutschland unter dem Schutze seiner Valuta die Weltmärkte mit seinen Waren überschwemme. Stattdessen wird das Gegenteil nachgewiesen und erklärt, daß die Hauptursachen des Rückganges der deutschen Ausfuhr zurückzuführen seien auf den Rückgang der Weltmarktumsätze in der Abgabe der großen Mengen von Sachleistungen und in den besonderen Erschwerungen für die deutsche Ausfuhr. Der notwendige Gesamtbedarf Deutschlands an Golddevisen übersteige auch ohne Reparationsleistungen usw. die Einnahmen Deutschlands an Golddevisen. Die deutsche Zahlungsbilanz, vor dem Kriege eine Uebererschubbilanz, sei heute durch die Gefhaltung der Handelsbilanz mit mindestens 1 Milliarde Goldmark passiv. Bei alledem habe Deutschland schon jetzt aus seinem überhaupt mobilisierbaren Vermögen und mobilen Gütern insgesamt 45 Milliarden Goldmark auf Grund des Friedensvertrages geleistet. Rechnet man den Goldwert der Gebietsverluste und den Verlust der Kolonien hinzu, so gebe das eine Summe von mehr als 100 Milliarden Goldmark. Das bedeute im ganzen die Ablieferung von einem Drittel des ursprünglichen deutschen Volksvermögens.

Der Hauptgeschäftsführer des deutschen Landwirtschaftsrates und des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft Prof. Dr. Dade ist zum Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates berufen worden.

Der zum Regierungspräsidenten in Stettin in Aussicht genommene Oberregierungsrat Moritz in Magdeburg, ein Volksparteiler, hat die Annahme des ihm übertragenen Amtes aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt.

Die Tagung des Zentralverbandes des deutschen Grund- und Hausbesitzes in München wurde am Montag geschlossen. Die Redner übten eine scharfe Kritik an der Tätigkeit der Reichsregierung und der preussischen Regierung. Es gelangte eine Reihe von Entschlüssen zur Annahme zu dem am Sonntag erhaltenen Referaten. U. a. wurde gefordert der sofortige Beginn des systematischen Abbaus der Wohnungszwangswirtschaft und deren reifloses Ende bis zum 1. Juli 1926.

Die vielfachen Unzuträglichkeiten, die daraus entstehen, daß die einzelnen Länder gewisse Feiertage, wie z. B. den Bußtag usw., nach ihrem Gutdünken festsetzen, haben die Reichsregierung veranlaßt, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der die Frage der Feiertage im Reich regelt. Der Entwurf liegt zurzeit dem Reichsrat vor. Auch er sieht den 11. August als Verfassungsfeiertag vor und außerdem noch einen Gedenktag für die Kriegsoffer, der jeweils der sechste Sonntag vor Ostern sein soll. Da die Frage der Feier des 11. August noch nicht gesetzlich geregelt ist, und vorläufig nur ein Initiativ-